

gegen den äußeren Feind verknüpft sei. Der russische Minister des Aeußern habe kürzlich öffentlich das Recht des polnischen Volkes auf Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit anerkannt und die Verbündeten stimmen dem vollkommen zu. Griechenland habe seine Stellung im Kriege geklärt und reorganisierte mit Hilfe Frankreichs und Englands das Heer und die Flotte, um alsbald in den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde einzugreifen.

Der Austausch der Besuche zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem König von Italien habe die vollkommene Übereinstimmung und das zwischen den beiden verschwisterten und verbündeten Nationen bestehende Vertrauen erneut erkennen und festigen lassen. Ein aufrichtiges Zusammenwirken, gegründet auf sorgsame Achtung der beiderseitigen Interessen in der Welt, sei von vitalem Nutzen für Italien und Frankreich und beide gehen, verbunden auf der Bahn des Fortschrittes, den ruhmvollen Zielen entgegen, die ihnen das unergänzliche Genie der lateinischen Rasse weise. Der Besuch des Königs in Belgien zeige die Teilnahme Italiens an dem Ergehen Belgiens. (Von den Tribünen erhalten Hochrufe auf Belgien, in welche die Deputierten einstimmten.)

Die Friedensnote des Papstes.

Minister des Aeußern Sonnino kam noch mehreremale auf Belgien zu sprechen, indem er auf die Note des Papstes einging. Dabei gebrauchte er durchwegs schärfste Worte gegen Deutschland, dem er Vertragsbruch und Unglaubwürdigkeit vorwarf. Er nahm vollkommen den Standpunkt Englands ein in Bezug auf die Wiederherstellung, Entschädigung und Gewährleistung ohne Gegenleistung an Deutschland, sei es auch nur in Gestalt der Zurückgabe der deutschen Kolonien. Er tabelte es, daß der Papst die belgische Frage in eine gleiche Reihe mit den anderen Territorialfragen gestellt habe.

Bezüglich der allgemeinen Maßnahmen, welche der Papst zur Verhütung neuer Kriege notwendig erachte, könne er mit dem Papste übereinstimmen. Indessen sehe er in den Angaben praktischer Friedensbedingungen durch den Papst nur dieselbe Unbestimmtheit, welche die Mitteilungen seitens des Feindes kennzeichne und jedweden Gedankenaustausch unmöglich oder unnützlich mache. Die letzten Reden des deutschen Reichskanzlers, des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen wie des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern müßten einem jeden die Illusionen benehmen, denn es werde kein praktischer Boden für Erörterungen über die gegenständlichen Bedingungen des künftigen Friedens geboten. Die verbündeten Regierungen haben sich immer bereit erklärt, jeden Friedensvorschlag, der von den Gegnern ernsthaft vorgebracht werde, zu prüfen und unter sich zu erörtern. Dies bedeute aber keineswegs die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit, in Verhandlungen über solche Vorschläge einzutreten, welche nicht die gewollten Merkmale von Ernsthaftigkeit darbieten oder so getarnt sind, daß wegen ihres allzu großen Abstandes von den grundlegenden und wesentlichen Zielen, um deren Willen der Krieg von den Verbündeten fortgesetzt werde, nicht die entfernteste Wahrscheinlichkeit besteht, durch Verhandlungen im Zwiesgespräch mit den Gegnern zu praktischen Lösungen zu gelangen.

Die Centralmächte streben den Beginn von Verhandlungen unter den Kriegführenden an, ohne daß sie sich zuvor auf ein genaues Schema von als Verhandlungsgrundlage geeigneten Bedingungen festlegen oder präjudizieren, nur weil sie auf die Ergebnisse der Erschließung, welche die Nachricht von der Einleitung von Verhandlungen in den friedenswünschenden Gemütern der feindlichen Bevölkerungen erwecken würde, spekulieren. Die Centralmächte hoffen, wenn sie einmal auch mittels vager, inoffizieller mündlicher Erklärungen über ihre Geneigtheit zu Zugeständnissen an Frankreich oder Italien gegenüber einem vermittelnden Dritten zu Verhandlungen mit den Verbündeten gelangt wären, ohne weiteres zweierlei zu erreichen: erstens Zwiespalt unter den Verbündeten, indem sie größere Zugeständnisse zugunsten einer Macht von ihrer Nürzung der Aspirationen der anderen Macht, oder geradezu von der Erlangung positiver Kompensationen zu Lasten einer dritten Verbündeten abhängig machen würden, zweitens, Erwägung eiller Täuschungen in den friedensdürstigen Völkern, damit die demokratischen verbündeten Regierungen sich zur Annahme auch der härtesten Bedingungen genötigt sehen, weil sie den öffentlichen Geist ihrer Länder nicht mehr zu einer kräftigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu bringen vermöchten.

Essentielle Initiativen zur Friedensvermittlung im ungeeigneten Augenblick hindern eher irgendeine Annäherung unter den Kriegführenden. Mit Abrüstung und Schiedsspruch seien alle Kriegführenden theoretisch einverstanden, wie sie bereits in der Verantwortung der ersten Vorkriegsperiode erklärt haben, aber die Verwirklichung erscheine nicht leicht. Die Freiheit der Meere befreite im Frieden niemand, aber im Kriege sei sie schwer geltend zu machen, wie die Centralmächte selbst zeigen. Das Kriegsrecht kenne keine andere Garantie mehr als das Besitzpfand und keine andere Sanktion als die Ausübung von Repressalien.

In bezug auf jene Gebiete, welche von Macht zu Macht streitig sind, mache die Note des Papstes keine Vorbehalte und spreche nur die Hoffnung aus, daß diese Frage in verhältnismäßigem Geiste geprüft werde. Dies biete aber keine mögliche und praktische Grundlage zur Einleitung irgendwelcher Verhandlungen, obwohl es unzweifelhaft der wichtigste und eigenartigste Teil und der leuchtendste Punkt in der Note des Papstes sei. Indessen haben Graf Czerwin und Doktor v. Kuhlmann bereits geantwortet und ein „Niemals“ sowohl für die von Italien als italienisch beanspruchten Gebiete, als auch bezüglich Elsaß-Lothringens für Frankreich ausgesprochen. Immerhin sei Italien geneigt, um eines Friedens willen, der nicht bloß ein Waffenstillstand sei, im vollen Einvernehmen mit den Verbündeten zur Prüfung jedweden ersten, von jedweder Seite kommenden Vorschlages überzugehen und seinerseits jeden Nachdruck und jede imperialistische Annäherung völlig beiseite zu lassen. Nur in einigen wesentlichen Punkten könne Italien nicht nachgeben. Italien könne die höchsten Ziele, derenwegen die Nation in den Krieg getreten sei und so große Opfer gebracht habe, nämlich die Ziele der Befreiung der italienischen Brüder und der Sicherheit der italienischen Unabhängigkeit, nicht abtun. Italien wolle weder Bestrafungen der feindlichen Staaten noch Veränderungen innerer Einrichtungen anderer Staaten.

Die Friedensgarantien, welche durch die Liga der Nationen und durch die Einrichtung des Schiedsspruches hergestellt werden können, seien ein übriges, das erst in Betracht komme, nachdem die Bedingungen eines erhaltungswerten Friedens entsprechend den Geboten der Gerechtigkeit, Freiheit und Achtung der Menschenwürde erfüllt sind.

Die Verbündeten seien wohl für das Ideal der Verteidigung und Wiederherstellung der verletzten internationalen Gerechtigkeit in den Krieg gegangen, aber sie verfolgten auch Sonderzwecke. Frankreich, welches nebst Rußland das Opfer des Angriffes von 1914 sei, wolle die Rückgabe der 1871 entworfenen Provinzen, und Italien kämpfe für die Verwirklichung seiner natürlichen Grenzen, die Befreiung der vom Fremdling unterdrückten Brüder und zur Sicherung der für Italiens Dasein und legitime Sicherheit notwendigen Bedingungen im Adriameer. Die adriatische Frage sei für Italien wesentlichster Kriegszweck und Hebe für Italien und seine Verbündeten außer Erörterung. In Italiens Ansprüchen sei nichts Imperialistisches. Die Küstengestaltung des Adriatischen Meeres habe schlimme strategische Folgen für Italien, die unerträglich seien. Italien sei geneigt, politische und wirtschaftliche Anforderungen der slawischen Völker auf dem anderen Adriaufser rücksichtsvoll zu behandeln und ein freundschaftliches Zusammenleben der italienischen und der slawischen Rasse zu ermöglichen. Italien müsse sich ferner für das östliche Mittelmeer interessieren, strebe aber bloß politisch und wirtschaftlich soviel an, wie die Herstellung des Gleichgewichts und die Verhältnismäßigkeit bei der allgemeinen Ordnung der Verhältnisse des östlichen Mittelmeeres zu Ende des Krieges gestatten werde.

Der Minister jählos seine Rede mit der Mahnung an die Deputierten, den höchsten Ernst der Stunde nicht zu übersehen, keine Irrtümer zu begehen und nichts zu tun, was den niedergedrückten Kriegsgeist der anioletrischen Kaiserreiche erheben und damit den Frieden behindern und verzögern könnte. Die Forderung eines sofortigen Friedens oder eines Friedens um jeden Preis trage nur den schlechtesten Frieden ein, der das Vaterland entehre und noch über den Krieg hinaus ruiniere. Das Geheimnis des Sieges bestehe im Ausdauern und Widerstehen an der Front und im Innern. Die Regierung brauche die Unterstützung und das Vertrauen des Parlaments bei ihrer schweren Aufgabe. Ueber die Feinde werde siegen, wer am besten sich selbst zu besiegen wisse. (Großer Beifall und viele Beglückwünschungen, auch seitens des liberalen Ministers Meda.)

Turati (Sozialist) begründete eine oppositionelle Tagesordnung.

Ministerpräsident Boselli hielt eine gerührte Rede zur Verteidigung seines persönlichen Eifers und der Tüchtigkeit des Kabinetts. Er versicherte seine unentwegte Achtung des Parlaments und seine Siegesgewißheit. Das Parlament möge gleichfalls durch eine klare, die Fortsetzung des Krieges bis zum Siege beinhaltenende Abstimmung gleichfalls Siegeszuversicht bekunden und den Gedanken äußern, ob und wie das Kabinett etwa andere Wege einschlagen solle.

Die Abstimmung.

Als der Kammerpräsident ersuchte, daß Boselli angebe, welche der 50 eingebrachten Tagesordnungen ihm genehm wäre, wußten Boselli und die anderen anwesenden Minister keine einzige anzugeben. Die Sitzung wurde unterbrochen, und inzwischen sand sich Deputierter Callaini auf Ersuchen der Minister bereit, folgende Tagesordnung einzubringen: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Verabschiedung des Gesetzesentwurfes, betreffend das Budgetprovisorium, über.“

Die Abstimmung über den Satz „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung“ ergab 314 gegen und 96 für bei 5 Stimmenthaltungen. Unter den 96 Zustimmungswahrenden waren die 25 Minister und Unterstaatssekretäre und kleine Gruppen, namentlich der Rechten und des Zentrums. Zum zweiten Teil der Tagesordnung beantragte der Violittianer Falconi die Beschränkung des Budgetprovisoriums bis Ende Dezember, was mit 271 gegen 36 Stimmen angenommen wurde. Ministerpräsident Boselli erklärte, daß die Regierung sich angesichts der Abstimmung ihrer Entscheidungen vorbehalte.

Sonnino über die Kriegsziele Italiens.

Zürich, 26. Oktober.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer ergriff der Generalkommissar für das Ernährungswesen, Generalleutnant Alfieri, das Wort und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfordernisse und die Beschaffung der Nahrungsmittel für das Heer sich mit denen für die Bevölkerung vereinbaren lassen. Reserven an Nahrungsmitteln seien nicht vorhanden, weshalb große Opfer und Entbehrungen werden getragen werden müssen, und zwar von allen Ständen, und nicht zum wenigsten in den größeren Städten. Das italienische Volk müsse sich nunmehr so einrichten, möglichst viel Gefühl, aber wenig Brot zu haben. Bei dem blühenden Siegesglauben und der strahlenden Aussicht auf ein immer stärkeres und immer größeres Vaterland werde dies dem Volke leicht fallen.

Hierauf sprach der Minister des Aeußern Sonnino. Er legte zunächst dar, in welcher Weise Italien und seine Verbündeten die Einkäufe und Zahlungen in den Vereinigten Staaten geregelt haben, wobei er bemerkte, daß Italien infolge Mangels an Schiffsraum und Geld nicht in erster Linie zur Geltung kommen könnte. Italien habe keinen eigenen Oberkommissar für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Washington bestellt, sondern dessen Funktion aus politischen Gründen dem dortigen Vorkämpfer übertragen.

Der Minister wandte sich sodann der Frage der Gewährung von Auslandspässen für die Friedensverhandlungen zu und erklärte, er habe Pässe weder für Stockholm noch Anfang Oktober für Bern bewilligt und nehme den gleichen Standpunkt auch in bezug auf den auf den 12. November verschobenen sogenannten internationalen Kongreß für einen dauernden Frieden in Bern ein. Bei solchen internationalen Zusammenkünften suchen die Pazifisten der feindlichen Ländern mit einander Fühlung zu bekommen, um sodann ihre Gesichtspunkte den Regierungen aufzudrängen. Dabei seien aber die Pazifisten aus den mit Italien verbündeten Ländern von vorneherein in einem vollkommenen Einvernehmen mit ihren Regierungen und unterhalten deren Spiel, während die Pazifisten Italiens und seiner Verbündeten ihre eigenen Absichten gegen den Willen und trotz des Willens ihrer Regierungen, die doch gesetzmäßig den Volkswillen vertreten, durchzusetzen trachten. Dies könne nicht gestattet werden, ohne die Sache der Verbündeten zu verraten und die höchsten Ziele der italienischen Kriegführung zu beeinträchtigen. Die ganze Nation, vertreten durch die Regierung mit Unterstützung des Parlaments, werde den Frieden machen müssen, und jede abgeordnete Betätigung einer Partei im Einvernehmen mit feindlichen Elementen müsse ausgeschlossen sein. (Lebhafte Protestrufe auf der äußersten Linken. Ein Zwischenruf: Die Völker werden den Regierungen ihren Willen aufzwingen!)

Sodann ging der Minister zur Besprechung der allgemeinen Lage über. Er erwähnte das Verhalten Chinas, Siam's, Sibiriens, Haitis, Costaricas, Perus und Uruguays gegenüber Deutschland und Österreich-Ungarn und gab die nach den Konferenzen in Paris und London im Juli und August erfolgten bekannten Verlautbarungen namentlich bezüglich der territorialen Besetzungen in Griechenland und Korfu wieder. Es sei natürlich, führte der Minister weiter aus, daß Rußland eine Periode innerer Schwierigkeiten durchmache, aber man dürfe hoffen, daß das russische Volk immer besser überzeugt werde, wie der Schutz seiner Freiheit mit der Verteidigung